

# 120 000 Euro nur fürs Konzept

**Jugendarbeit** Nach langer Diskussion und mit knapper Mehrheit beschloss der Sozialausschuss des Tübinger Gemeinderats am Montag ein Präventionskonzept für Jugendliche. *Von Lorenzo Zimmer*

So richtig zufrieden zeigte sich kaum einer der Tübinger Stadträte mit dem Präventionskonzept „Communities That Care“ (CTC). Zu schwammig seien die einzelnen Maßnahmen erläutert, zu lang der Zeitraum, zu groß der Aufwand der Befragungen. Am Ende gab es trotzdem eine knappe Mehrheit für CTC: bei neun Ja-Stimmen von SPD, Grünen und CDU, drei Nein-Stimmen von FDP, Grünen und dem fraktionslosen Stadtrat Marcus Vogt sowie acht Enthaltungen von Linken, SPD, Grünen und der Tübinger Liste. „Damit ist es mehrheitlich beschlossen“, quittierte die Erste Bürgermeisterin Christine Arbogast zum Ende hin nüchtern.

Zuvor hatte sie ihrem Ärger über die Reaktion des Gremiums Luft gemacht: „Erst sollte es nur ein Konzept zur Alkoholprävention sein. Das haben wir gemacht, das war Ihnen zu wenig.“ Für einen Ansatz, der ganzheitlicher funktioniert, müsse man eben erst mal das Verhalten und die Probleme der Jugendlichen analysieren: „Wir verstehen uns als Dienstleister des politischen Wunsches des Gemeinderats, präsentieren Ihnen etwas Neues – und das ist auch nicht gut?“

Das Präventionskonzept CTC, das aus den USA stammt, wird seit 2009 in Niedersachsen angewandt. Auch in Augsburg und dem Main-Tauber-Kreis wird an einer Umsetzung des Konzepts gearbeitet. Es soll die Rahmenbedingungen für ein sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen verbessern. Dabei setzt CTC vor allem auf Prävention, soll also Gewalt, Kriminalität, Drogenmissbrauch, Schulabbruch, frühen Schwangerschaften sowie Ängsten

und Depressionen gegensteuern, noch bevor sie auftreten.

Dafür sind im ersten Schritt eingehende Untersuchungen notwendig, die in Tübingen jetzt erstmal gemacht werden müssen. Eine erste Befragung fand in diesem Sommer auf der Platanenallee statt, jetzt sollen ausführliche Umfragen an allen weiterführenden Schulen folgen. Aus den Ergebnissen will die Stadt dann konkrete Aktionen ableiten, etwa Workshops zur Kommunikation und dem sprachlichen Umgang unter Mitschülern.

„Simpel wollten Sie erst nicht, wissenschaftlich sollte es sein.“

**Christine Arbogast**, Bürgermeisterin

CDU-Stadtrat Rudi Hurlebaus wollte wissen, ob das Konzept nicht auch auf Studierende anwendbar ist: „Sie machen doch das Stadtleben mit aus, es wäre doch sinnvoll, sie mit ins Boot zu holen.“ Bürgermeisterin Arbogast versprach zu überprüfen, ob das umsetzbar wäre.

Die größten Probleme hatte das Gremium jedoch mit den Faktoren Zeit und Kosten. Denn zunächst soll eine 50-Prozent-Stelle bei der Stadtverwaltung für die Koordinierung des Projekts eingerichtet werden. Dann soll die großangelegte Befragung von Schülern im Alter zwischen 12 und 18 folgen. Und schließlich sollen eine Lenkungsgruppe und Sozialraumteams die Ergebnisse der Befragungen in konkrete Angebote umsetzen. Sie sollen lebensnah sein und genau zu

den Bedürfnissen im jeweiligen Quartier passen. „Wie soll denn das gehen, wenn die Schulen so große Einzugsgebiete haben?“, fragte Stadtrat Christian Wittlinger von der Tübinger Liste.

Und auch an den Kosten gab es Kritik. Die Stadt will in den nächsten drei Jahren insgesamt 120 000 Euro für CTC ausgeben. Konkrete Angebote soll es dann ab dem Jahr 2020 geben. Einigen Stadträten dauert das jedoch zu lange: „Wir geben 120 000 Euro für die Erstellung eines Aktionsplans aus, dann gibt es einen, der bis 2021 umgesetzt wird. Sagen Sie, geht das nicht schneller?“, fragte SPD-Stadtrat Martin Sötker die Verwaltung. Arbogast wiederholte ihre Haltung: „Simpel wollten Sie erst nicht, wissenschaftlich sollte es sein. Und jetzt passt es auch nicht.“

Fachbereichsleiter Bildung, Betreuung, Jugend und Sport Manfred Niewöhner versuchte indes zu vermitteln: „Wir müssen das Angebot auf Tübingen anpassen.“ Einen objektiven Bedarf an psychosozialer Betreuung festzustellen und passgenau anzubieten, sei keine leichte Aufgabe: „Ich glaube, durch die Be-

fragung kommen wir in dieser Sache durchaus voran.“

Auch andere Gemeinderäte hatten ihre Schwierigkeiten mit CTC. SPD-Stadträtin Ute Leube-Dürr: „Die systematische Erfassung ist sicher von großem Nutzen.“ Aber man wisse ja nicht, ob in vier Jahren noch die selben Probleme herrschen wie heute: „Es dauert lange, bis es in die Gänge kommt“, schloss sie. CDU-Stadträtin Ingrid Fischer zeigte sich mit dem Konzept einverstanden: „Prävention ist sehr wichtig. Ja, die Analyse dauert lang, aber so etwas ist eben ein Prozess.“

Großes Gewicht hatte schließlich auch das Urteil der Jugendgemeinderätin Charlotte Siegmund. Sie sprach sich in zwei Plädoyers klar für eine Befragung aus – auch im Namen des gesamten Jugendgemeinderats: „Wir finden die Erhebung wichtig und sind überzeugt, dass sie eine sinnvolle Umsetzung von Präventionskonzepten erleichtern wird.“ Linken-Stadtrat Gotthilf Lorch sagte zu, das bei der Abstimmung zu berücksichtigen: „Uns kommt das alles sehr aufgebläht vor, aber wenn der Jugendgemeinderat Ja sagt, enthalten wir uns.“

## Der Zeitplan des Präventionskonzepts CTC

**Die Projektleitung** soll im kommenden Frühjahr ausgeschrieben werden, damit sie im Sommer 2018 mit der Arbeit beginnen kann. Im Herbst und Winter 2018/19 soll dann die **CTC-Schülerbefragung** folgen. Dann gibt es eine die ganze Stadt um-

fassende **Bestandsaufnahme** existierender Angebote in der Alkohol- und Drogenprävention, der mobilen Jugendarbeit sowie von Beratungsangeboten im Frühjahr und Sommer 2019. Im folgenden Herbst sollen schließlich gebiets- und schulbezo-

gene **Präventionsstrategien** entwickelt und als sogenannte **Aktionspläne** ausformuliert werden. Sie sollen ab dem Frühjahr 2020 umgesetzt werden und können sowohl eine Verstärkung bestehender Angebote bedeuten als auch neue schaffen.